

Volks-Zeitung

Dreihundertfünfzigster Jahrgang.

werden 4. Spalten. 34mm br. Millimeterzeile oder deren Raum mit 20 H. berechnet u. in neuestem Anordnungsplan u. allen Anzeigengebühren angemessen. Reklamen die 22 mm br. Millimeterzeile 60 Pf. Anzeigen - Anmachschiff 100 mm. 11 H. für die Sonntag-Dr. abbl. 4 W. Abbestellungen soweit möglich, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint 14. 2 mal, Sonntags 1 mal. Geschäfts- u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Brunnengasse 10. Dr. Grunhaußstr. 17. Neben-Geschäftsstelle: Markt 24 und Große Ulrichstr. 22.

Bezugspreis

für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark unversch. Zustellungsgebühren. Einzelnummer 15 Pf. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amt. Zeitungverzeichnis unter Volks-Zeitung eingetragen. Für unerlangte eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe. Volks-Zeitung gestattet. Fernr. der Geschäftsleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1132 u. 1418, der Bezugs-Abt. Nr. 1133. Verlags-Red. Leipzig Nr. 4609.

Nr. 370.

Halle, Sonnabend, den 9. August.

1919.

Wo ist Exkaiser Karl?

Wien, 8. Aug. (Eig. Drahtnachricht.) Wie aus Lugano gemeldet wird, soll Exkaiser Karl die Schweiz vor drei Tagen verlassen haben. Nach anderen Meldungen hält er sich noch auf seinem Sommerhof in der Schweiz auf, wo ein unauffälliges Kommen und Gehen bekannter politischer Persönlichkeiten zu bemerken sei.

Die Undurchführbarkeit der Ententevorschlüge. Vertrauensvotum für Kemner.

Wien, 8. August. Wiener Korr. Wien. Der Hauptauschuss der Nationalversammlung hielt unter dem Vorsitz des Präsidenten Selye eine Sitzung ab, an der er sämtliche Kabinettsmitglieder teilnahm. Staatskanzler Dr. Kanner erklärte einen umfassenden Bericht über den Stand der Friedensverhandlungen, woran sich eine lange Debatte schloß. In den einflussigen gestellten Entschlüssen wurden die Gegenvorschläge von Dr. Kemner als ein Mittel zum Zweck, nochmals auf die Undurchführbarkeit der Entente-Bedingungen hingewiesen und die Wagnahme des Staatskanzlers gutgeheißen.

Progromartige Ausschreitungen in Budapest.

Budapest, 8. August. (Eigene Drahtnachricht.) Die progromartigen Ausschreitungen in Budapest dauern fort. Gestern vormittag versammelte sich in dem Magistratsgebäude eine Menge von 200 Studenten und drang mit Steinen und Knütteln bewaffnet in die einzelnen Aristokratie ein, wo die dort befindlichen kommunistischen Beamten verprügelt wurden. Die Verfolgung artete später in eine Judenhetze aus. In einer progromartigen Schlägerei kam es in der Technischen Hochschule und in den Speisräumen der jüdischen Studenten. Eine Anzahl Mitglieder des St. Emmerich-Kollegs drang dort ein und mißhandelte die dort befindlichen Studenten schwer. Die Oberabschlagsmannschaft hat wegen dieser Judenhetze eine strenge Untersuchung eingeleitet, und heute abend soll eine Interpellation der Entente-Kommission bei der Regierung in dieser Angelegenheit stattfinden. Der telegraphische und telefonische Verkehr zwischen Wien und Budapest unterblieb noch immer einer scharfen Zensur durch die rumänische Militärbehörde.

Budapest ohne Zeitungen.

Wien, 8. August. Budapest, 8. Aug. Ungar. Korr. Wien. Ministerpräsident Stephan Friedich erließ auf Vorschlag der Vertreter der Presse eine Verordnung, durch welche das Erscheinen aller Presseprodukte, also auch von Tagesblättern, Wochenzeitschriften, Zeitungen und Flugblätter bis auf weiteres verboten wird. Diese Maßregel wurde infolge des Papiermangels notwendig. Für die Dauer des gegenwärtigen Zustandes wird das Verbot, Budapest wöchentlich zweimal täglich erscheinen und im nächstnächsten Teil das Publikum über die wichtigsten Ereignisse unterrichten.

Erzherzog Joseph an Clemenceau.

Wien, 8. August. Wie das Ungar. Korr. Wien meldet, hat Erzherzog Joseph an Clemenceau eine Botschaft geschickt, in der er ihm mitteilt, daß er die Macht als Vermeser übernehmen und eine Regierung ernannt habe. Sein nächstes Ziel sei die Einberufung der Nationalversammlung, die vollständige Niederwerfung des Bolschewismus, die Durchführung des Waffenstillstandes und die Vorbereitung der Friedensverhandlungen. Weiter bittet der Erzherzog um nähere Unterstützung mit der Entente, wostweilende Unterstützung und Anerkennung der Regierung.

Ein Protest des ungarischen Ministerpräsidenten.

Wien, 8. August. Ein Ministerpräsident Stephan Friedich wendet sich in einer Proklamation an die Bevölkerung von Budapest. Er protestiert gegen die Versuche, die in Ungarn eingetretene Wendung zur konfessionellen und Rassenverfolgung zu mißbrauchen.

Die Opfer von Chemnitz.

80 bis 80 Tote!

Chemnitz, 8. Aug. (Eig. Drahtnachricht.) Die Kämpfe am Freitag Nachmittag forderten nach vorläufigen Schätzungen auf Seiten der Regierungstruppen 60 bis 80 Tote und etwa 200 Verwundete, auf Seiten der Arbeiter 10 Tote und etwa 50 Verwundete. Sie gehören zu den blutigsten der Revolution. Infolge der noch in der Nacht getroffenen Vereinbarung herrschte heute Morgen völlige Ruhe. Auch wurde vereinigt in verschiedenen Fabriken die Arbeit bereits aufgenommen.

Ueber die Lage in Chemnitz wird folgendes mitgeteilt: Trotz der auf 8 Uhr angelegten Vollzeitschicht herrschte in der hiesigen Stadt bis zum späten Abend lebhaftes Treiben, doch kam es bis um 10 Uhr abends zu keinen Ausschreitungen. Da die Zahl der Regierungstruppen zu schwach ist, um der

Bewegung Herr zu werden, ist weitere Verstärkung von auswärts angefordert. Die Demonstranten hielten auch in den Abendstunden den Bahnhof besetzt. Die Waage im Gerichtsgefängnis ergab sich ohne Wertgegenstände.

Eine amtliche Erklärung über Chemnitz.

WTB. Dresden, 8. August. Amtlich wird zu den heutigen Vorgängen in Chemnitz mitgeteilt: Nach der fälligen Angriffen auf die Truppen und den nötig gewordenen Einsatz starker Kräfte ist es dann bedauerlicher Weise zu Unverlegen gekommen. Darauf hat eine Kommission, bestehend aus je einem Vertreter der sozialdemokratischen Partei, der unabhängigen Sozialisten und der Kommunisten mit dem Kommandeur der Truppen verhandelt, wobei Uebereinkunft über Folgendes erzielt wurde:

1. Die bisher von den Truppen in der Stadt besetzten Wachen bleiben in der Hand der Truppen.
 2. Die übrigen Truppen rücken in die Kasernen, neue einrückende Truppen gehen gleichfalls in die Kasernen.
 3. Die Parteien versprechen sich, alles aufzuräumen die Menge zu beruhigen und weitere Zusammenkünfte, die von der Kommission als auch von der Militärbehörde verboten werden zu verhindern.
- Uegen der von der Kommission geforderten Aufhebung des Belagerungsstandes und Zurücknahme der Reichwehrtuppen hat der Kommandeur die Kommission an die Regierung verwiesen.

Ernst Haackel †.

Berlin 8. Aug. (Eig. Drahtnachricht.) Der Senior der deutschen Naturforscher, Ernst Haackel, ist, wie aus Jena gemeldet wird, heute nacht dort gestorben. Haackel hat ein Alter von 85 Jahren erreicht. Die Feuerbestattung findet am Dienstag statt.

Gegen die Streikbewegung mittel-deutscher Eisenbahnen.

Berlin, 8. Aug. (Eig. Drahtnachricht.) Im Laufe des heutigen Tages wird, wie wir erfahren, eine Erklärung der preussischen Regierung gegen den Streik der mittel-deutschen Eisenbahnen erfolgen. Es werden darin die Maßnahmen der Regierung gegen die verbrecherische Agitation der Führer der Bewegung angeklagt werden. Die Regierung ist auf dem Standpunkt, daß das, was Obersekretäre Männen und Genossen in Erfurt treiben, der glatte Landesverrat ist, denn er bringt das Deutsche Reich in die Gefahr, daß nicht nur die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, Rohle und sonstigen Waren verlagert, sondern auch, daß der Friedensvertrag, soweit er die Durchsichtigung für Kohlenlieferung an die Entente und die Durchführung der Transporte nach Sowjetland und nach Polen aufrecht, nicht durchgeföhrt werden kann.

Um den Kaiserprozess.

Amsterdam, 8. August. (Eigene Drahtnachricht.) Die aus Washington über Paris gemeldete Welt, erklärte Anfang im Hinblick auf auswärtige Angelegenheiten, daß er gegen den Antrag gegen den früheren Kaiser gehen sei, da dieser seines Thrones mit einem Freispruch enden werde, wodurch Wilhelm II. wehrlos und eine neue Bedrohung für die ganze Welt werden würde. Er habe den Rat gegeben, den Exkaiser zu verbannen wie Kaiserzeit Napoleon. Ferner erklärte er, daß der Zutritt zum Völkerbund nicht notwendigerweise die Annulierung der vor dem Völkerbund geschlossenen Geheimverträge bedeuten müsse.

Weitere Verbilligung der Lebensmittel?

Nach einer Meldung des „Volks-Anz.“ aus Dresden will die Reichsregierung neue große Mittel bereitstellen zum Zweck der weiteren Verbilligung der Lebensmittel.

Belgien hat ratifiziert.

Brüssel, 8. Aug. Havas. Reuters. Die Kammer hat in namenhafter Abstimmung den Friedensvertrag mit allen Stimmen der 123 anwesenden Abgeordneten genehmigt.

Selbstabdruck in der Schweiz.

Genève, 8. August. Schweizerische Depeschen-Agentur. Der Zentralvorstand des schweizerischen Textilarbeiterverbandes hat die Vorschläge des Arbeiterverbandes der Selbstindustrie angenommen und die Parole auf Abruch des Streiks telegraphisch ausgeben. Infolge der Nichtüber-einstimmung und der Wahrgeltung von 200 Arbeitern haben alle Betriebe, alle Berufe und Industrien von Zürich die Sperre verhängt.

Wachsende amerikanisch-japanische Spannung.

Berlin, 8. Aug. Nach dem „New York Herald“ verhält sich der amerikanisch-japanische Konflikt, wie Wikomoto Michida, der japanische Minister des Aeußeren, die Ansicht vertritt, daß die Absetzung Schantung die Belohnung für die Hilfe im Jahre 1915 ist. Präsident Wilson tritt jedoch diese Ansicht nicht.

Nach dem Parteitage.

Wirtschaftsfragen.

Von

Dr. Walter H. Schreiber-Halle.

Mitglied der Preussischen Landesversammlung.

Kein Zweifel, daß auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik Freund und Feind mit besonders lebhaften Auseinandersetzungen auf dem Parteitage geredet hätte. Die Wirtschaftspragmen sind in Deutschland im Aufstiege und es ist selbstverständlich, daß sich das Auf und Nieder der miteinander ringenden Meinungen auch innerhalb einer so großen Partei, wie es die Deutsche demokratische ist, widerspiegelt. Gleichwohl zeigte auch die Aussprache über all die zahlreichen Probleme, die mit dem Wirtschaftspragmen der deutschen Wirtschaft verknüpft sind, die denkbar weitestgehende Uebereinstimmung über das Ziel der Wirtschaftspolitik und den Weg, auf dem es erreicht werden soll. Der eine oder der andere von den „Jüngeren“ hatte sich zwar in eine gewisse Oppositionslinien hineingelassen und ließ sich von seinem Erklärungen auf dem Parteitage, daß ihm der Gegner für eine Initiative schenke, daß die Partei in ihrer Gesamtheit die Wirtschaftsfragen zu lösen, wie es der neuer Zeit und den veränderten Wirtschaftsbedingungen entspricht.

Mit voller Klarheit und Deutlichkeit haben sich sämtliche Redner zu einer Demokratie bekannt, die erfüllt und getragen ist von den Gedanken des sozialen Ausgleichs und der Gleichberechtigung aller auch auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens und der Arbeit. Damit ist der Trennungstich gegogen gegenüber jenem Mandelstertum, das keine Rücksicht kennt auf die Bedürfnisse und auf die Sehung der wirtschaftlich Schwachen, aber auch gegenüber jenem einseitigen Unternehmerstandpunkt, der im Arbeitnehmer nicht den Mitarbeiter, sondern den Untergebenen sieht. Niemand der wirklich nach Gerechtigkeit strebt und an Stelle des unheilvollen wirtschaftlichen Chaos, das jetzt in Deutschland herrscht, dem Wirtschaftspragmen dienen will, kann sich der Aufgabe verschließen, daß die gegen Lohn und Gehalt arbeitenden Volksteile in Deutschland ihre Verantwortung als auch im Ausland zu übernehmen. Die Freiheit der wirtschaftlichen Persönlichkeit, das Selbstbestimmungsrecht der Massen, deren Selbstbestimmung ist, ist bisher nicht gemehrt worden, und es ist die hohe Aufgabe der Demokratie, sie zu verwirklichen. Die breite Kluft, die sich zwischen den sozialpolitischen Gelehen noch immer auftut und die durch die Entwidlung der Kriegswirtschaft noch vertieft hat, muß vermindert werden, wenn wir unser Volk nicht auf die Dauer in zwei Klassen scheiden wollen, zwischen denen es kein Verkehren und keine Verständigung mehr gibt. Die Sehung der gegen Lohn und Gehalt arbeitenden Schichten darf daher in Zukunft nicht eine Sache erzwungen oder gönnerhafter Gewältigen sein, sondern fröhliche Ueberezeugung und Gemeingut unseres ganzen Volkes.

Dabei darf man freilich eins nicht übersehen: Es gibt überhaupt keine Sehung der arbeitenden Schichten, die sich nicht in der Sehung der arbeitenden Schichten widerspiegelt. Die Freiheit der wirtschaftlichen Persönlichkeit, das Selbstbestimmungsrecht der Massen, deren Selbstbestimmung ist, ist bisher nicht gemehrt worden, und es ist die hohe Aufgabe der Demokratie, sie zu verwirklichen. Die breite Kluft, die sich zwischen den sozialpolitischen Gelehen noch immer auftut und die durch die Entwidlung der Kriegswirtschaft noch vertieft hat, muß vermindert werden, wenn wir unser Volk nicht auf die Dauer in zwei Klassen scheiden wollen, zwischen denen es kein Verkehren und keine Verständigung mehr gibt. Die Sehung der gegen Lohn und Gehalt arbeitenden Schichten darf daher in Zukunft nicht eine Sache erzwungen oder gönnerhafter Gewältigen sein, sondern fröhliche Ueberezeugung und Gemeingut unseres ganzen Volkes.

Bei Recht hat der Parteitag auch jene Bureaucratieorganisation unter Wirtschaft abgelehnt, die durch die logenante gebundene Planwirtschaft angelehnt wurde. Diese Wirtschaftsform würde nichts weiter sein als eine riesige Zwangsmaßnahme, die jeden Aufstieg der jüngeren und vor-

wirtschaftlichen Elemente ausschließlich zugunsten derer, die sich im glücklichen Besitz sind. Sie würde daher die Wirtschaft hemmen, statt sie zu entwickeln und vorwärts zu treiben. Sie würde aber vor allem einen überhöhten Parlamentarismus in der Wirtschaftlichen Hinsicht, während es jetzt am wenigsten in der Wirtschaft unserer Aufgabe ist, zu haben und zu beraten, sondern zu handeln.

Die Wahrung der gebundenen Menschlichkeit ist jedoch nicht gleichbedeutend damit, daß man sich die alte passive Wirtschaft weiterführen will, wie sie vor dem Kriege allgemein üblich war. Es ist vielmehr klar, daß unsere Einkünfte und unsere gewisse Überwachung erfahren muß, daß wir in der nächsten Zeit nicht alle möglichen überflüssigen und entbehrlichen Dinge aus dem Ausland hereinnehmen dürfen; wir müssen vielmehr unsere Zahlungsmittel schon für dasjenige, was wir wirklich notwendig brauchen. Es ist ebenso klar, daß wir eine staatliche Überwachung der Exporte haben und Wirtschaftspolitik in die Hand der Allgemeinheit überführen müssen. Unsere gesamte Wirtschaftspolitik muß so wirtschaftlich sein wie irgend möglich. Zu allem dem muß es aber seiner gebundenen Menschlichkeit der schwerfälligen Wirtschaftlichen Organisation. Denn auch dort, wo die Not der Welt zur Schaffung von Wirtschaftlichen, Interessengemeinschaften und wirtschaftlichen Selbstverwaltungsorganen führt, am der Einzelwirtschaft Anleihen und Unterstützung zu gewähren, das dürfen alle diese Bindungen und Gemeinschaften nicht von oben her, vom grünen Tisch aus auferlegt werden, sondern sie werden sich überall dort von selbst bilden, wo ihre Voraussetzungen im Kampf des Lebens tatsächlich besteht werden.

Die freie Wirtschaft des Arbeitgebers nicht durch Wirtschaftsbürokratie gehemmt werden darf, so gilt das selbe von der Bewertung der Arbeitskraft durch die tätigen Arbeiter. Auswüchse des Wirtschaftlichen sind gewiß zu detampieren, aber die von den Sozialisten betriebene allgemeine Befreiung der Arbeitskraft führt schon jetzt, namentlich in der Kohlenwirtschaft, zu einem allgemeinen Sinken der Arbeitsleistung über Haupt, deren verhängnisvolle Wirkungen unsere Bevölkerung im kommenden Winter an eigenen Leiden zu spüren bekommen wird. Wenn jeder nur nach der Arbeitszeit und nicht mehr nach der Arbeitsleistung bezahlt wird, dann kann der richtige, strebsame Arbeiter keine Freude mehr an seinem Schaffen haben. Wenn daher in Zukunft unser Volk frei, weil trotz vorhandenem Kohlenreichtum keine Notgefahr besteht, wird, wenn unser Volk weiterhungen muß, weil trotz vorhandenem Ueberfluß keine Dünge-mittel hergestell werden, dann wird es vielleicht endlich einsehen, daß diejenigen Schöpfung sind, die durch ein festes und unteilbares Lohnsystem je energischer und fruchtbarer Arbeit werden, und daß diejenigen Vertreter an eigenen Vollen sind, die durch ihre verderrblichen Streiche die Notlage und die Entbehrungen unserer Völker, die wir bei freier Arbeit und freien Überwinden können, verschärfen haben.

Wenn wir für die wirtschaftliche Demokratie sind, d. h. für die Mitbestimmung von Lohn- und Gehaltsauszahlungen am Arbeitsverhältnis, so ergibt sich daraus, daß wir mit der gleichen Entschlossenheit, mit der wir das unfruchtliche politische Fiktionsystem ablehnen, für den Ausbau und die Entwicklung des wirtschaftlichen Rätelsterns eintreten. Genau so wie der Arbeitgeber seit langem seine wirtschaftlichen Vertretungsorgane hatte, müssen solche endlich auch dem Arbeitnehmer zugeordnet werden. Die Arbeitnehmer müssen aber auch innerhalb der großen Betriebe ihre anerkannte Vertretung haben, da sich sonst ihre Wirtschaftlichkeit nicht durchzusetzen vermag. Im Gegensatz zur Sozialdemokratie verlangen wir dabei, daß der Arbeiter seinen Anteil an der Verteilung des Produktes zuerzueigenen soll, nicht werden, weil sie sonst ihre besonderen Interessen gegenüber der Vorkriegszeit der Arbeiter nicht zu wahren vermögen.

Was für das private Arbeitsverhältnis gilt, soll nach unseren Wünschen auch Geltung haben für den Beamten- und Staatsarbeiter. Das Beamtenverhältnis muß entmilitarisieren. Im Ausschüssen der Räten hat die mitteleuropäische Arbeit aller Staatsbediensteten das Arbeitsverhältnis aus stummer Untertänigkeit zu einer vertrauensvollen und dienstfertigen Mitarbeiterschaft zu entwickeln. Das ist die Heilung, die der richtig verstandene Rätegedanke unserem trüben Wirtschaftlichen bringen soll. Weg der Weg ist dahin auch noch weit und länger ist, das darf nicht hindern, daß alle fortgeschrittenen Geister sich in diesem Ziel vereinen.

Einen besonderen Raum nehmen unter den Wirtschaftlichen Fragen diejenigen der Landwirtschaft ein. Im Mittelpunkt stand die Forderung nach ungetriggelter Durchführung des Zielungsplans und einer gerechten Boden- und Wohnungs-politik in Stadt und Land.

Das waren im wesentlichen die großen Fragen, die den Parteitag beschäftigt haben. Als eine neue Partei hat sich die Deutsche demokratische Entschlossen auf den Boden der Tatsachen gestellt, und sie will führen sein in allem, was unser Volk wieder aufleben kann. Die Deutsche demokratische Partei steht auf dem ersten Schritt der neuen Partei der nationalen Demokratie, der freien Persönlichkeit und des entschlossenen sozialen Fortschritts. Ihre Programms vergrößert sich in der Person Friedrich Neumanns, den sie sich zum Führer gewählt hat. National und sozial, das waren die Leitlinien. Die Friedrich Neumann vor Jahrzehnten der Demokratie gezeigt hat, und sie sind es noch heute, unter denen die Deutsche demokratische Partei mit starker Hoffnung ihren Weg in die Zukunft geht.

Ein Aufruf des Reichsbürgerrats.

Das Präsidium des Reichsbürgerrats erläßt folgenden Aufruf:

Der Reichsbürgerrat ruft alle deutschen Volksgenossen und Stammesbrüder auf, in dieser schweren Krise unsern Volkstums sich treuer und mutiger denn je zum gemeinsamen Widerstand und zum Gebahren der deutschen Einheit zu bestimmen. Was in seinen Kräften liegt, wird der Reichsbürgerrat tun, um jeden Geist der Zusammenarbeit zu bannen.

Unsere Weiber an den Grenzen vor schwerem Schicksal der Fremdherrschaft zu bewahren, lag nicht in unserer Macht; vergessene haben wir versucht, für sie einzutreten. Aber wir wissen uns für immer mit ihnen verbunden, was auch Welcher- lingen uns trennen mag.

In besonders weidlich der Reichsbürgerrat in dieser Stunde an die Bewohner des besetzten Gebietes wachlich des Weibes und ruft sie an den Räten des Reichsbürgerrats:

Halt dich an dich, die deutsche Mutter, Halt dich an dich, die deutsche Mutter, Halt dich an dich, die deutsche Mutter!

Teure und tapferen Weiber sind jetzt vor allem Lebens- und Zukunftsgedanken in den Abkämpfungsgebieten. Unvergleichliche Pflicht, verzweifelter Mut, und gleich-

denk mit Preisgabe eines geschichtlichen Vermächtnisses aus Jahrhundert.

Hilf das Volk wie für den einzelnen gilt wie nie das Wort:

„Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, Der täglich sie erobern muß.“

Internationaler Sozialistkongress.

Tagern, 8. August. Gestern nachmittag fand eine öffentliche Sitzung statt. Sie war fast ausschließlich mit Lesen und Ueberlesen des bis jetzt vorliegenden Teiles des Kommissionsberichts und einer von der französischen Mehrheit und den deutschen Unabhängigen eingebrachten Gegenresolution ausgefüllt.

Der erste Abschnitt des Kommissionsberichts be- züglich der Einleitung die neuen sozialisti- schen Regierungen, und veripricht diesen die Unterstützung der internationalen Arbeiterbewegung. Die Arbeiterklassen aller Länder bewiesen, daß die beste Friedensgarantie darin liegt, daß sie selbst zur Macht gelangen. Noch nie wäre

die Lage so tief resolutio- när und nie günstiger zur Ausübung einer sozialistischen Organisation gewesen.

Im zweiten Abschnitt über die Friedensverträge wird festgestellt, daß erst nach Unterzeichnung des Friedensvertrages die Internationale daran gehen könne, mit aller Energie für eine Veränderung dieser Verträge in einem für die Verbesserung der Völker günstigen Sinne einzutreten. Die Internationale betraute die Worte des deutschen Ministers des Auswärtigen, Herrmann Müller, daß Deutschland alle Anforderungen machen wird, um in lokaler Weise im Rahmen des Möglichen den Bedingungen des Friedensvertrages nachzukommen, als einen Ausgangspunkt für den Wiederaufbau der Beziehungen zwischen den Völkern und zur Fortsetzung des Widerstandes gegen Deutschland. Diese fortwährende Haltung Deutschlands werde die freigelegten Nationen

zu einer Politik der Wahrung zwingen.

Das dritte Kapitel fordert, daß die Internationale danach streben soll, den derzeitigen Völkerbund in einen internationalen sozialistischen Staat umzuwandeln. Der Völkerbund müsse alle Völker umfassen und den Völkern direktes Stimmrecht geben, damit ein direktes Weltparlament zustande komme. Er müsse ferner eine sofortige allgemeine Abrüstung einleiten und die Verbote der militärischen Befehle verletzten. Der Völkerbund müsse schließlich die Internationalisierung der Rohmaterialien, des Schiffraumes, der Verkehrsmittel, des Patents und Umlaufens und der Regelung der Kriegsschäden organisieren, wozu der Völkerbund die Mittel der Nationen in einer allgemeinen Wirtschaftskammer des Völkerbundes umgewandelt werden soll. Die Internationale verlange, daß der Völkerbund sofort einberufen wird.

Der Abschnitt 4 (territoriale Fragen) erklärt, daß durch den Friedensvertrag die an Elb- und Ostpreußen, Schlesien und Polen verübten Verweltschaltungen wieder gutgemacht werden seien. Die

Minister hätten aber keine Ungerechtigkeiten begangen, indem sie ganzen Völkern das Recht entzogen hätten, ihren Willen zu bekunden. Es wird daher das politische Regime des Saargebietes verworfen, und das Recht Deutsch-Oesterreich zum Anschluß an Deutschland und das Selbstbestimmungsrecht der deutschen Gebiete der Tschechoslowakei und Südtirols gefordert. Die westpreussischen Gebiete sollen den deutschen Völkern und Volens Zugang zum Baltischen Meer durch Internationalisierung der Insel und Schaffung des Reichsdeutsches Zangis gefordert werden. Die Volks- abstimmung über unter Ueberwachung des Völkerbundes zu erfolgen.

Im fünften Kapitel über die wirtschaftlichen Fragen wird die

sofortige Festschließung der von Deutschland zu zahlenden Entschädigungsansprüche verlangt.

Die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterklasse dürfe durch diese Belastung nicht bauernd unter die der anderen Nationen herabgedrückt werden, da dadurch die Gefahr der Lohnbrüder hervorgehen würde. Die Entschädigungsansprüche dürften nicht zu ver- schleierte Annexionen gebraucht werden. Das Abkommen über die Sicherstellung in Entschädigungs- kommissionen soll durch den Völkerbund und nicht durch die Ministerien getroffen werden. Die

Beschaffung von Rohmaterialien und die Möglichkeit der wirtschaftlichen Entwicklung soll Deutschland und Deutsch-Oesterreich durch den Völkerbund garantiert werden. Die Ueberwachung der Kredite für Schiffraum, Nahrungsmittel und Rohmaterialien soll Körperchaften überwiegen werden, in denen auch die ehemals feindlichen Staaten innerhalb des Völkerbundes vertreten sind. Verpflichtungen über Kreditbegünstigungen, Eisenbahnen, Internationalisierung von Häfen und Häfen sollen auf Gegenseitigkeit allen Völkern auferlegt werden.

Im sechsten Abschnitt über die Kolonien wird die Wegnahme der deutschen Kolonien als Ungerechtig- keit und Fehler bezeichnet.

Die übrigen Nationen könnten sich weder auf eine moralische Kolonialverwaltung berufen, noch dürfen sie Deutschland der Möglichkeit des Wiederaufbaues seines wirtschaftlichen Lebens berauben.

Die von London verlangte Gegenresolution der französischen Mehrheit und der deutschen Unabhängigen ruft mit allem Nachdruck zur Sammlung der Proletarier und der revolutionären Kräfte zwecks Erlangung der politischen Macht und der Verwirklichung des Sozialismus auf. Was den Friedensvertrag anbetrifft, der dem Krieg einen kapitalistischen und nationalistischen

Abschluß gegeben habe, will die Resolution den besetzten Völkern hinsichtlich der Wirkung keine Illusionen machen, da die Pariser Konferenz gezeigt habe, daß die Entente-kräften sich entschlossen seien, die Kräfte ihres Sieges zu ernten. Sie ruf daher die ganze organisierte Arbeiterschaft zur Einigkeit auf, um den Zeitpunkt zur Erreichung des Sozialismus zu beschleunigen. Nur dieser werde allen Völkern Gerechtigkeit bringen. Schließlich spricht die Resolution Bedenken aus

gegen die Bildung von 7 kleinen Staaten

ohne eigene innere Lebenskraft und verurteilt das Vor- gehen der Entente gegen Rußland und Ungarn, ohne ein Urteil über die baldemöglichste Methode auszu- sprechen. Eine Untersuchungskommission soll neuerlich nach Rußland entsandt werden.

Als einziger Diszussionsredner ergreift dann Wels das Wort, der in einer längeren Rede den Friedensvertrag nach Gesichtspunkten kritisiert, denen in beiden Resolutionen Rechnung getragen ist. Er behandelte ferner die große, Europa im kommenden Winter drohende Kohlennot, zu deren Behebung er die sofortige Einberufung einer internationalen Bergarbeiterkonferenz verlange.

Die Sozialistenkonferenz gegen Erzherzog Joseph.

Wien, 8. August. Auf die Nachricht von der Uebertragung der obersten Gewalt in Budapest auf den Erzherzog Joseph hat die Sozialistenkonferenz einstimmig unter lebhaftem Beifall eine sehr energische Protestresolution angenommen, die sich gegen die unter dem Schutze der Entente erfolgte Errichtung eines gegenrevolutionären Regimes ausspricht und den Versuch als ungesetzlich beanstandet, die Arbeiterklasse um die Früchte der Revolution durch eine Restauration der Habsburger zu bringen. Die Leiter der Pariser Konferenz zeigten demut an, daß ihre Aktion in Widerspruch gegen jede sozialistische Bewegung und gegen jede proletarische Herrschaft sich richtet. Kennend, daß diese Resolution vorles, sagte ihr einige heftige persö- nliche Worte gegen diese Entente-Regierungen und gegen die Wiedererrichtung einer Dynastie, die man gegen ihre Schuld am Kriege für immer erledigt gehalten habe, hinzu.

Neue Steuervorlagen.

Wien, 8. August. Der Entwurf der Reichs- abgabenordnung ist der Nationalversammlung angegangen. Die Reichsabgabenordnung soll auf- genommen, was die Reichssteuergelege an gemeinsamen Vorschriften enthalten. Darüber hinaus soll sie vor allem die Grundlage schaffen, daß die Reichssteuergelege, insbesondere auch die neuverordneten, durchgeführt werden. Gerade weil der Steuerbedarf in der Folge so außerordentlich schwer sein muß, ist es, um ihn erträglich zu gestalten, notwendig, daß alle Pflichten gleichmäßig und den Vorschriften des Gesetzes ent- sprechend belastet werden. Andererseits sollen und müssen die Rechte der Pflichten gesichert sein. Um das zu erreichen, müssen die Verwaltungs- und Reichs- mittelbehörden, denen die Unterordnung und die Ent- schließung im Steuerverfahren obliegen, überall in gleichem Maße eingerichtet sein und es bedarf der ein- heitlichen Zusammenfassung der gesamten Steuerbe- hörden in einer reichseigenen Verwaltung. Nur hier- durch kann es gelingen, den ungeheuren Steuerbedarf des Reiches zu decken. Ein Ziel, das schon infolge des Friedensvertrages erreicht werden muß. Wenn das Reich nicht zahl, kann jedes Land unmittelbar faßbar gemacht werden. Wenn irgendein Land nicht imstande sein sollte, seinen Verpflichtungen gegenüber dem Reich nachzukommen, kann ein beliebiges anderes Land ver- antwortlich gemacht werden. Deshalb muß in erster Linie für die Beschaffung der für das Reich nötigen Mittel gefordert werden. Der ungeheure Steuerbedarf des Reiches zwingt auf das:

Die Verbrauchsabgaben

auszubauen und selbst notwendige Lebensmittel zu be- steuern. Eine solche Belastung darf aber der Bevölke- rung nur dann auferlegt werden, wenn die anderen Steuern bis auf Ausbeute angesetzt sind.

Für die Höhe und Verbrauchsabgaben sieht die Reichsverfassung bereits eine reichseigene Verwal- tung vor. Oben muß für die Reichsvermögens- verwaltung eine eigene Verwaltung geschaffen werden. Die Verwaltung der Höhe und Verbrauchsabgaben von der Verwaltung der übrigen Steuern zu trennen, wäre mißlich: ihre Verbindung und organische Verschmelzung wünschenswert.

Die reichseigene Verwaltung soll sich auf den Be- reits bestehenden, zum Teil vorrätigen Organisations- formen der einzelnen Landesstaaten aufbauen. Dabei wird den obersten Landesbehörden ein wesentlicher Einfluß auf die Finanzverwaltung, insbesondere auch bei Be- setzung der Ämter eingeräumt werden.

Der Entwurf sieht für die reichseigene Steuerver- waltung folgende Gliederung vor: 1. Reichsfinanzmini- sterium, 2. Landesfinanzämter, deren Bezirke sämtlich den Ländern oder größeren Verwaltungsbezirken der Länder entsprechen sollen, 3. Finanzämter und Hilfs- stellen der Finanzämter.

Die oberste Leitung steht danach dem Reichs- finanzministerium zu. Unter ihm stehen die Landesfinanzämter und Oberbehörden, und unter diesen die Finanzämter mit ihren Hilfs- stellen. Die Landesfinanzämter haben die oberste Lei- tung der Finanzverwaltung für ihren Bezirk; sie über- nehmen die Geschäftsführung der Gesamtverwaltung und beaufsichtigen die Geschäftsführung der Finanzämter.

Der Entwurf geht davon aus, daß

Kein in sehr erheblichem Maße

zur Teilnahme an der Finanzverwaltung berufen sind.

Den Finanzämtern werden nämlich auch in ihrer ganzen Ausdehnung und den Landesfinanzämtern Finanz- gerichte angegliedert. Bei diesen Ausschüssen und Finanz- gerichtlichen sind Laien der Behörde organisch einge- gliedert und die Sache ist so behandelt, daß den Laien bei den direkten Steuern ein überwiegender Einfluß auf die Festsetzung der Steuern eingeräumt ist. Oberste Spruchbehörde in Steuerfällen ist der Reichsfinanzhof.

Soviel über die reichseigene Verwaltung. Auch die sonstigen Bestimmungen des Entwurfes verfolgen das Ziel einer gleichmäßigen und reiflichen Ausübung der dem Reich erschlossenen oder noch zu erschließenden Steuern.

So wird im § 4 betont, daß bei der Ausübung der Steuererhebe ihre Zwecke und ihre wirtschaftliche Bedeutung berück- sichtigt werden sollen. Das entspricht der geltenden Rechtsprechung, wenn dieser § 4 bei der Besteuerung von Gesellschaften mit beschränkter Haftung das von